

Serbien: Anzeige gegen orthodoxen Bischof wegen Hassrede

In der serbischen Hauptstadt protestieren Homo-Hasser*innen – angefeuert von der Kirche – gegen den "Euro-Nato-Pride". Queers lassen sich auch nicht alles gefallen und reichten Strafanzeige gegen einen Bischof ein.



Bei einer homofeindlichen Grossdemonstration in Belgrad haben am Sonntag laut lokalen Medien 5'000 bis 10'000 Menschen für ein Verbot des Europride geworben. Der Euro-CSD soll vom 12. bis 18. September in der serbischen Hauptstadt stattfinden.

Die Demonstrierenden liefen vom Sitz der serbisch-orthodoxen Kirche durch die Stadtmitte zur St.-Markus-Kirche. Dabei zeigten sie Transparente mit Aufschriften wie "Wir wollen keine Schwulenparade und keine Besetzung durch den Westen" oder "Haltet euch von Kindern fern". Die Teilnehmenden trugen ausserdem Holzkreuze, Heiligenbilder und serbische Fahnen.

Bei der Demo ging es nicht nur um LGBTI-Rechte, sondern generell um eine Ablehnung des "dekadenten" Westens. Zudem wurde gefordert, dass der Kosovo ein Teil Serbiens sein müsse – die Republik Kosovo hatte sich 2008 von Serbien für unabhängig erklärt, was aber insbesondere von der serbischen Rechten nicht anerkannt wird. Die Demonstrierenden warben auch für die Annäherung an Russland.

Vor der Demo gab es aggressive Rhetorik gegen den Europride aus der orthodoxen Kirche. So hatte etwa Bischof Nikanor aus der Region Banat den geplanten CSD und die offen lesbische serbische Ministerpräsidentin Ana Brnabić im Vorfeld der Demonstration verflucht. "Ich würde eine Waffe benutzen, wenn ich sie hätte", erklärte der Geistliche martialisch. Der Europride würde die "heilige Stadt" Belgrad "entweihen". Zudem segnete Nikanor die Protestaktion am Sonntag. Eine LGBTI-Organisation reichte eine Strafanzeige wegen Hassrede gegen den Bischof ein.

Verbot aus "Sicherheitsgründen"?

Der konservativ-nationalistische serbische Präsident Aleksandar Vučić kritisierte in einem Fernsehinterview die Äusserungen von Bischof Nikanor und erklärte, dass Menschen ein Recht hätten, auf CSDs zu demonstrieren, auch wenn er selbst daran nicht teilnehmen würde. Der Präsident deutete auch an, dass der Europride "aus Sicherheitsgründen" verboten werden könnte. Eine Entscheidung werde Anfang September fallen.

Rechtsausserparteien in Serbien forderten ein Verbot des CSDs. Boško Obradović, Chef der im serbischen Parlament vertretenen klerikal-populistischen Partei Sveri, behauptete am Montag sogar, dass selbst Schwule und Lesben keinen CSD in Belgrad wollten: "Zum hundertsten Mal: Homosexuelle sind gegen die Schwulenparade. Sie wollen keine unnötige Konfrontation und die Mehrheit Serbiens provozieren", so der Rechtsausserpolitiker auf Twitter. "Wer ist also für Euro-Nato-Pride? Besatzer, die unsere Werte, unser Bewusstsein, unsere öffentliche Moral, unsere Traditionen verändern möchten. Dagegen kämpfen wir an."

Der EU-Beitrittskandidat Serbien gilt als relativ queerfeindlich. So wird die gleichgeschlechtliche Ehe in der Landesverfassung verboten. Allerdings gibt es auch einige Fortschritte: Schwule und Lesben dürfen etwa offen im Militär dienen, zudem gibt es ein Antidiskriminierungsgesetz. Im Rainbow-Euro-

pe-Ranking, in dem die Gesetzgebung in Bezug auf queere Menschen in den 49 europäischen Staaten gemessen wird, liegt das Land auf Platz 23 – und damit noch vor den EU-Ländern Estland, Ungarn oder Polen.

Der Europride ist seit 1992 eine paneuropäische CSD-Veranstaltung, bei der unter anderem eine Menschenrechtskonferenz sowie Musikfestivals und Clubveranstaltungen organisiert werden. Der diesjährige Europride in Belgrad ist der erste auf dem Balkan. Die Entscheidung für Belgrad als Europride-Veranstalter fiel bereits 2019.

queer.de / 15.8.2022